

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Schallstraße 8/9, bis 3 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297.

Das Schulgesetz des Bürgerblocks.

Unmögliche Fassung des § 1. — Volkspartei will Staatschule.

Bei der Einzelberatung des Schulgesetzeswurfs im Bildungsausschuß des Reichstags wünschte Abg. Löwenstein (Soz.), daß die Aufgaben der Schulen so formuliert werden, wie sie die Verfassung im Art. 148 vorsehe. Er besprach dann ausführlich das Primat des Staates gegenüber dem Elternrecht. Der Art. 150 der Verfassung sei nur programmatisch, er schaffe aber kein Schutrecht. Das Vorrecht des Elternrechts sei zwar der Standpunkt des Katholizismus, aber nicht das Recht nach der Reichsverfassung.

Abg. Henkel-Ostpreußen (Dnalk.) tritt für den § 1 des Entwurfs ein. Er betrachte es als nicht zeitgemäß, das Wort Väterverpflichtung in den Text hineinzunehmen. Auch seine Partei wolle keine Bevorzugung des Elternwillens gegenüber dem Staat.

Abg. Crispian (Soz.): Die Regierungsvorlage habe in § 1 wohl nicht ohne Absicht die Ausdrucksworte der Verfassung vermieden. Die Festlegung der Erziehung auf der Grundlage des „deutschen Kulturgutes“ und die dazu gegebene Begründung lese sich wie eine Stelle aus dem deutschnationalen Parteiprogramm.

Abg. Dießler (Soz.) behandelt eingehend die Bedeutung des Elternrechts. Unverständlich sei die Haltung der Deutschen Volkspartei in dieser Frage. Bei jedem Verwaltungsgeheim würden immer die Rechte und die Pflichten sorgfältig geprüft. Wenn der Staat ein Geheim beschlehe, so müsse er auch die Pflichten bestimmen und als Lastenträger erscheinen.

Abg. Rheinländer (S.) meinte, daß das Erziehungsrecht in erster Linie Sache der Eltern sei. Es sei vermurzt im Dasein des Kindes. Aus dem Art. 120 der Verfassung könne allerdings kein besonderes Recht auf die Schule abgeleitet werden, aber eine indirekte Verbindung mit Art. 146 sei doch gegeben. Das Elternrecht habe aber seine Grenzen an den Interessen des Kindes und an den Interessen des Staates. Die Kinder sollten solange als möglich in der Familie bleiben. Das mag in Großstädten schwierig sein, aber auf der Lande sei die Möglichkeit dazu gegeben. Die Schulerziehung solle die staatliche Erziehung unterstützen.

Abg. Körner (Dem.) verlangt, daß im § 1 das Elternrecht des Staates zum Ausdruck komme. Im Entwurf werde das Gegenteil gesagt. Unverständlich sei die Haltung der Deutschen Volkspartei, die im Plenum das Primat des Staates vertrete und hier im Ausschuss darüber schweige. Die Volksschule dürfe nicht ein Verletzung des Elternwillens sein.

Abg. Hürtle (Komm.) fragt die Regierung, ob sie nun die vertriebenen Interessen in der Einzelberatung geben werde. Er wendet sich gegen die vom Abgeordneten Rheinländer vertretene Auffassung, von dem Naturrecht der Eltern.

Abg. Frau Dr. Mah (D. Sp.): Die Deutsche Volkspartei legt Wert darauf, auch bei der Beratung von § 1 zu erklären, daß an dem Charakter der Schulen als Staatschulen und an dem entscheidenden Recht des Staates an der Schule unbedingt festzuhalten ist. Die Worte über die Unterstützung und Ergänzung der Schulerziehung unter Bezugnahme auf Art. 120 der Reichsverfassung entsprechend dem von den Regierungsparteien gestellten Änderungsantrag bedeuten nur einen pädagogischen Hinweis auf die erzieherischen Kräfte des Elternhauses. Ein Elternrecht an der Schule und irgendwelche Einschränkung der Rechte des Lehrers sind

damit nicht gegeben. Der Hinweis auf Art. 120 ergibt zugleich die Ueberwachung durch die staatliche Gemeinschaft. Die Rednerin bittet um eine ausdrückliche Erklärung der Regierung, das Rechtsfolgen für Eltern und Lehrer aus der geänderten Fassung der Regierungsvorlage nicht herzuweisen sind.

Staatssekretär Zwölger gibt diese Erklärung ab: Bei der Formulierung des § 1 war nicht daran gedacht, den Eltern und Lehrern ein besonderes Recht zu geben. § 1 ist als Präambel nur von programmatischer Bedeutung.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) fordert eine Klarstellung des Elternrechts, weil die Kirche das Primatrecht für sich beanspruche. Das kanonische Recht sei doch nicht in die Reichsverfassung aufgenommen worden. Eine Berufung auf Art. 120, wie sie die Regierungsparteien durch ihren Änderungsantrag einfügen wollen, um den Elternwillen in der Schule zur Geltung zu bringen, sei abwegig. Ausgiebig und erschöpfend seien die Schulfragen in den Artikeln 144 bis 149 der Reichsverfassung behandelt. Der Satz Fausthabers „Elternrecht bricht Staatsrecht“ steht mit der Verfassung in Widerspruch. Der Redner begrüßt die Erklärung der Frau Mah und erwartet ähnliche Erklärungen von den übrigen Regierungsparteien.

Abg. Dr. Schreiber (S.): Das staatspolitische Programm des Katholizismus erkenne dem Staate das Recht auf die Schule zu. Auch Rausbach erkenne das volle Recht des Staates auf die Schule an. Wir isolieren aber dieses Recht des Staates nicht, wir bringen es in Verbindung mit dem Recht der Familie, dem Recht der Genossenschaften. Wir wenden uns gegen die Jurisdiktion des Privatrechts.

Abg. Rosenbaum (Komm.) bemängelte die von der Regierung erteilte Auskunft.

Abg. Frau Bäumer (Dem.) hält den von den Regierungsparteien zu § 1 eingebrachten Änderungsantrag für noch gefährlicher als den Regierungsentwurf.

Abg. Löwenstein (Soz.): Gegenüber dem Abgeordneten Schreiber ist festzustellen, daß wir als Sozialdemokraten die in den Genossenschaften wirkenden Kräfte zur Geltung kommen lassen. Wir erfassen selbst täglich Hunderttausende von Arbeiterkindern, die durch Laienpädagogen erzogen werden, um in ihnen die Welt der sozialistischen Anschauung lebendig zu machen. Der Redner weist im einzelnen nach, daß die katholische Kirche wohl ein Eigenleben des Staates anerkenne, aber für sich das Primat auf die Schule beanspruche.

Bei den Abstimmungen werden alle Änderungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Absatz 1 des § 1 erhält nach den Anträgen der Regierungsparteien folgende unmögliche Fassung: „Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes, im Geiste des deutschen Volkstums, der Volks- und Vätererzählung zu körperlicher und geistiger Tüchtigkeit heranzubilden und sie in Unterstützung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Artikel 120 der Reichsverfassung) zu fähig wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.“

Nächste Sitzung Donnerstag, den 10. November.

Der Kommunalsieg in England.

Die Arbeiterpartei auf dem Vormarsch.

E. W. London, 5. November.

Die Arbeiterpartei hatte sich bei den Kommunalwahlen des Jahres 1924 nur 20 Sitze neu erobert, im Jahre 1925 47, im Jahre 1926 146 und bei den Novemberwahlen dieses Jahres 124. Mit Ausnahme des vorigen Jahres stellen die Gewinne den größten Erfolg dar, den die Arbeiterpartei jemals im Kampf um die Eroberung der kommunalen Paritäten erzielt hat. Im Gegensatz zur Arbeiterpartei haben die bürgerlichen Parteien, Gruppen und lokalen Wahlkoalitionen schwere Niederlagen erlitten. Die Verluste der Konservativen verhalten sich zu ihren Siegen wie zehn zu eins, die Verluste der Liberalen zu ihren Gewinnen wie drei zu eins. Auch die sogenannten Unabhängigen Kandidaten haben schlecht abgeschnitten, hier stehen 17 neugewonnenen Sitze 26 verlorene gegenüber. Die Arbeiterpartei geht auf der ganzen Linie als Sieger hervor.

In seinen unmittelbaren praktischen Folgen wird man allerdings angesichts der Tatsache, daß jeweils nur ein Drittel der Sitze in den kommunalen Parlamenten neu gewählt wurde, und angesichts der ungeheuren Anzahl der zur Wahl stehenden Kandidaten, den Sieg nicht überschätzen dürfen. Trotz der gewaltigen Erfolge der letzten beiden Jahre besitzt die Arbeiterpartei, auch nach den Wahlen vom 1. November, erst in 15 Städten und Gemeinden Großbritannien kommunale Mehrheiten, und besonders die Verhältnisse in der inneren Stadt London — wo allerdings am 1. November nicht gewählt wurde — sind vom sozialistischen Standpunkt aus noch als recht unerfreulich zu bezeichnen. Zu diesen 15 kommunalen Parlamenten, in denen die Arbeiterpartei die Mehrheit besitzt, kommen freilich noch eine Reihe, z. T. hochbedeutender Städte wie Manchester, Birmingham, Bristol, Cardiff, hinzu, wo die Arbeiterpartei immerhin eine so bedeutende Minorität darstellt, daß nicht einfach über ihre Vertreter hinweg regiert werden kann. Alles in allem genommen dürfte trotz der großartigen Fortschritte der Einfluss der Arbeiterpartei in den kommunalen Körperschaften noch immer bedeutend geringer sein als etwa in Deutschland, den skandinavischen Ländern und Österreich.

So wichtig die einzelnen praktischen Erfolge und Fortschritte sein mögen — die wirkliche Bedeutung des Sieges vom 1. November liegt auf der moralischen Ebene; es ist ein Sieg über Verleumdungen, Einstellungen und ein Sieg des sozialistischen Gedankens. Seit Monaten hatten die Hauptquartiere der beiden großen bürgerlichen Parteien, hatten die lokalen konservativen und liberalen Parteiorganisationen und ihre Anhänger, die „Gemäßigten“, die „Unabhängigen“, die „Bürgerpartei“ und wie die bürgerlichen neutralen Organisationen alle heißen mögen, einen beispiellosen moralischen Verleumdungsfeldzug gegen die sozialistische Kommunalpolitik geführt. Es wurde ihnen Erhöhung der lokalen Abgaben und Steuern, im Besonderen finanzielle Extravaganz, administrative Unfähigkeit, Feindseligkeit gegenüber dem privaten Unternehmer, unwirtschaftliche Vergebung von Kontrakten usw. vorgeworfen, Vorwürfe, wie sie in sämtlichen Ländern, in denen die Sozialisten um die lokale Macht ringen, gegen die Vertreter der Arbeiterschaft erhoben werden.

Die Arbeiterpartei vermochte an der Hand von Statistiken und Aufstellungen diese Vorwürfe nicht nur zu widerlegen, sie konnte außerdem an einer Anzahl von Beispielen nachweisen, daß die existierende sozialistische Mehrheit in Städten und Gemeinden zu einer Herabsetzung der lokalen Abgaben, daß die Eigenproduktion kommunaler Natur dort, wo sie von einer sozialistischen Mehrheit verwirklicht worden sei, zu einer Verringerung, nicht Erhöhung der Ausgaben, zu einer Ausschaltung von Zwischengewinnen und privaten Unternehmergewinnen geführt habe. Aber die Arbeiterpartei ist noch weiter gegangen. Sie hat den Kampf offen im Zeichen des kommunalen Sozialismus geführt: Weitestgehende Erziehung der nach außen zu vergebenden Kontraktarbeit durch kommunale Eigenproduktion, kommunale Bewirtschaftung der Milch- und Kohlenversorgung, möglichs Entziehung aller lebensnotwendigen Dienste aus privater Hand und Ueberführung in gemeinnützige Bewirtschaftung. Der demagogischen Sparparole der bürgerlichen Kandidaten setzte die Arbeiterpartei das Prinzip der sozialen Pflicht und sozialen Dienstleistung der Gemeinde gegenüber. Privatkapitalistisches und gemeinwirtschaftliches Denken standen sich also hier in Großbritannien genau so und mit denselben Argumenten wie bei den kommunalen Wahlen in Berlin und Paris gegenüber. Nur noch um einen Grad schroffer und unvereinbarer, da die bürgerlichen Parteien des Kontinents bei lokalen Wahlen kommunal-sozialistische Gedankengänge in ihre privatkapitalistischen Argumente zu mischen pflegen, während ein Teil englischer Kommunalpolitiker konservativer Ueberzeugung noch heute das Prinzip kommunaler Gas- und Elektrizitätsversorgung und kommunaler Verkehrsbewirtschaftung als rottesten Bolschewismus zu betrachten scheint und besonders die Vergebung aller kommunalen Arbeiten an private Unternehmer und Firmen für eine gottgewollte Selbstverständlichkeit hält. Die große moralische Bedeutung der kommunalen Siege der Arbeiterpartei liegt in dem völligen Versagen der Versuche der bürgerlichen Parteien, den Kommunalsozialismus als ein bolschewistisches Schreckgespenst hinzustellen.

Luther für die Dawes-Zahlungen.

Keine gewaltsame Eintreibung möglich!

Paris, 5. November. (Eigenbericht.)

„Deure“ und „Volanté“ veröffentlichten ein gleichlautendes Interview mit dem ehemaligen Reichstanzler Dr. Luther, in dem er erklärt, Deutschland in Höhe alles tun, um die normalen Dawes-Zahlungen von 2½ Milliarden zahlen zu können. Daß das eine Pflicht für Deutschland sei, darüber habe niemals irgendeine deutsche Persönlichkeit einen Zweifel gestattet. Luther bekämpft dann die Auffassung, die in gewissen französischen Kreisen herrscht, die Durchführung der Dawes-Zahlungen von der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung abhängig zu machen. „Mit militärischer Gewalt wird man aus Deutschland keine größeren Zahlungen herauspressen können“, erklärt Dr. Luther. Deutschland könne lediglich aus seinem Ausfuhrüberschuß bezahlen. Dazu sei notwendig, daß die ganze Welt Vertrauen in die Tatsache hat, daß zwischen Deutschland und Frankreich ein wahrer, ernsthafter Frieden herrscht. Deutschland und Frankreich hätten daher im gemeinsamen Interesse keine andere Wahl, als den Weg von Locarno fortzusetzen.

Ein Riesengeschäft in Abessinien.

Englisches gegen amerikanisches Kapital.

London, 5. November. (Amtlich.)

Die Meldungen aus Amerika, wonach eine amerikanische Gesellschaft die Konzession zum Bau eines Staudammes am Tsana-See in Abessinien erhalten habe, findet in gutunterrichteten Londoner Kreisen wenig Glauben. Man glaubt in diesen Kreisen nicht, daß ein solches Abkommen mit Kenntnis der abessinischen Regierung getroffen worden sein kann, da Kaiser Menelik II. gemäß dem mit ihm im Jahre 1902 abgeschlossenen Vertrag seine Zustimmung dazu gab, keine Arbeiten am Blauen Nil, Tsana-See oder Sobat-Fluß vorzunehmen oder zu gestatten, durch die ihre Gewässer verhindert werden, in den Nil zu fließen, es sei denn, daß die englische Regierung und die Regierung des Sudan ihre Einwilligung zu solchen Arbeiten geben. Die abessinische Regierung ist wegen eines Planes, wie er in den Meldungen aus Amerika erwähnt wird, nicht an die englische Regierung herangetreten. Großbritannien mit seinen besonders starken Interessen in Ägypten und im Sudan hat sich viele Jahre bemüht, von allen benachbarten Mächten das seltene Recht

Anklage Heydebrand zurückgenommen.

Der Staatsanwalt kann sie nicht aufrechterhalten.

Am Schlusse seines einstündigen Plädoyers, in welchem der Anklagevertreter alle Punkte zusammengefaßt hatte, die zugunsten, aber auch zuungunsten des Angeklagten sprechen, erklärte Oberstaatsanwalt Dr. Müller:

„Es ist ein fundamentaler Grundsatz des Rechts, im Falle eines Zweifels für den Angeklagten einzutreten. Ich kann deshalb die Anklage nicht mehr aufrechterhalten.“

Ausführlicher Bericht über den letzten Verhandlungstag auf der dritten Seite dieses Blattes.

sprechen zu erhalten, daß sie jedes Vorgehen vermeiden, durch das die Wassermenge im Nil und in seinen Zuflüssen vermindert wird, da sie einen lebenswichtigen Faktor für die gedeihliche Entwicklung Ägyptens und des Sudans bildet.

Amerika verhandelt trotzdem.

Berichte aus Amerika lassen erkennen, daß die Verhandlungen zwischen amerikanischen Firmen und der abessinischen Regierung Tatsache sind. Staatssekretär Kellogg ist nach einer Meldung der „Times“ von den Plänen informiert. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, unter allen Umständen eine diplomatische Vertretung in Adis Abeba zu schaffen.

Ein Kolonialprogramm für die ganze Welt.

Faschistischer Propagandafeldzug.

Rom, 5. November.

Das Kolonialministerium gibt eine neue Monatschrift heraus „Ole Mare“, die eine intensive Propaganda für kolonial- und Mittelmeerfragen zur Aufgabe hat. Bekannte Parlamentarier, Publizisten und Wirtschaftler haben ihre Mitarbeit zugesagt. Die erste Nummer wird Artikel über die Notwendigkeit eines Kolonialheeres, die Revision der Mandate und das italienische Vorrecht über das syrische Mandat Frankreichs und über das englisch-deutsche Abkommen von 1913 zur Teilung von Portugiesisch-Afrika enthalten.

Unter diesen Umständen ist die Wirkung der Wahl auf die Liberalen, die ganz im Fahrwasser der Konservativen schwammen und in ihren Wahlparolen dort, wo sie überhaupt selbständig auftraten, von den Konservativen kaum zu unterscheiden waren, im höchsten Maße interessant. Wie die Wahlkommentare der großen liberalen Blätter beweisen, schreiben sie ihre Niederlagen in die antisozialistische Einheitsfront zu und empfehlen, in Zukunft jenen Tropfen kommunal-sozialistischer Deles, das sich in der kommunalen Praxis so bewährt hat, auch offen einzusetzen. Sie stellen mit schöner Einmütigkeit das Scheitern der Methode der bürgerlichen Einheitsfront, der völligen Verwischung konservativer und liberaler Politik im Kampf um die lokalen Parlamente fest und betonen die Notwendigkeit einer von „Kraft und Unternehmungslust getragenen lokalen Verwaltung“. Nichts kann den moralischen Sieg der Arbeiterpartei besser veranschaulichen als solche späte, zu späte Erkenntnisse. Kein Zweifel: Die Nation ist des Konservativismus müde und wartet nur auf den Augenblick, Baldwin die Quittung für seine Regierungskunst zu überreichen.

Die beleidigte Reichswehr.

Der Erbprinz als Stein des Anstoßes.

Die Reichswehr klagt wieder einmal. Im Mai dieses Jahres ging eine Meldung durch die Blätter, wonach der Erbprinz Johann Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha in die Reichswehr in Donauwörth eingestuft werden sollte, und zwar unter einem Pseudonym, weil der vor Monaten erfolgte Versuch, den Prinzen in das in Weiningen stationierte Schwefelbataillon einzustellen, misslungen sei. Diese Meldung wurde auch von unserem Parteiblatt in Singen, dem „Volkswillen“, gebracht; sie hatte ihre Quelle in einer Meldung des „Berliner Tageblatts“. Während aber das Reichswehrministerium sich in Berlin mit einer Berichtigung begnügt, fühlte sich der Reichswehr-Kommandeur in Donauwörth durch diese Notiz beleidigt und veranlaßte den Staatsanwalt, die offizielle Klage gegen den politischen Redakteur des „Volkswillen“ zu erheben, die nächstens vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kommen wird.

Was über die Reichswehr sich beleidigt fühlt, ist schwer ersichtlich. Vielleicht darüber, daß, wie es in der betreffenden Notiz hieß, der Chef der Heeresleitung, General Heyer, von der sauberen Angelegenheit Wind bekam und sich eine derartige Lösung auf das Entschiedenste vorbehalten hat? Die Meldung richtete sich offensichtlich gegen den ehemaligen Herzog von Coburg und seinen Sohn, die die Einstellung in die Reichswehr auf diese Art und Weise betrieben haben sollen. Dieser „Herzog“ ist der berühmte Regimentskommandeur der Ehrhardtbrigade und der Stahlhelmer; sein reichswehrfreundiger Sprößling ist ebenfalls Mitglied des Bundes Wiking. Er hat als Wikingmann den durch den Wikingprozeß bekanntgewordenen Trevelde auf die schwarzweihrote Kriegsschiffe geschworen, und im Bunde selbst sich durch einen Landfriedensbruchprozeß, verbunden mit wüsten Ausschreitungen, Körperverletzungen, Diebstählen usw. ausgezeichnet. Als unser Coburger Parteiblatt seinerzeit eine ähnliche Nachricht über die Einstellungsvorgänge brachte, wogte der frühere Herzog seinerzeit Verhöhnungen. Aber der Reichswehrkommandeur von Donauwörth erhebt jetzt Klage und stellt sich damit schuldig vor den angegriffenen Herzog. Begreift man das? Oder sollte neuerdings in der Reichswehr auch nur der Gedanke an derartige Beziehungen zu monarchistischen Kreisen als Beleidigung empfunden werden? Dann allerdings wäre diese Klage von geradezu epochenmachender Bedeutung. Wir wollen es einmal abwarten.

Der bisherige Vorkämpfer von Dittmar und Giffon ist nunmehr zum Vorkämpfer in Washington ernannt und bereits vom Reichspräsidenten in dieser Eigenschaft empfangen worden.

1500 Mark vom Himmel gefallen!

Gedächtnischwäche der O.C.-Leute.

Die dunklen Angelegenheiten des völkischen Verteidigers Rechtsanwält Dr. Sad (nicht Sachs, wie im Morgenblatt zu lesen war) beschäftigten auch in der heutigen Vormittags-Sitzung den Gemeindefuss des Landtages. Rechtsanwält Sad hatte bekanntlich ausgelegt, daß ein schlichter Mann aus dem Kameradentreife der Angeklagten ihn um die Verteidigung der noch nicht verteidigten Angeklagten Stein, Aschenschamp und Schirrmann ersucht und ihm aus Sammlungen der Kameraden das Geld überbracht hätte, das es Herrn Sad ermöglichte, den von ihm angenommenen Substituten, den Rechtsanwälten Bloch, Redkowski und Grünwald je 500 M., insgesamt also 1500 M. Verteidigerhonorar zu zahlen. Mit einiger Mühe hatte der Ausschuss festgestellt, daß dieser „schlichte Mann“ der bereits vom Reihenauf-Prozeß her bekannte mitangeklagte Fährlich Meder war.

Dieser wurde nun heute vornommen. Er gibt zu, bei Rechtsanwält Sad gewesen zu sein und ihn um die Verteidigung der Mitangeklagten ersucht zu haben. Aber von dem Gelde und seiner Herkunft will Herr Meder nicht das mindeste wissen. Er bestreitet auch ganz und gar, daß er etwa das Geld überbracht oder gesammelt habe, ebenso bestreitet er, daß in der bekannten völkischen Familie v. Kuhnheim Geld für die Angeklagten gesammelt worden sei. Der Ursprung des Geldes bleibt also rätselhaft, es ist anscheinend vom Himmel gefallen! Im übrigen macht der Zeuge Meder, der Mitglied der O.C. und später des Wiking gewesen ist, den typischen Eindruck dieser Leute: Seine Angaben sind durch fortwährende Gedächtnischwäche gestört. Was er nicht aussagen will, daran erinnert er sich nicht. So hat er selbst vergessen, was er erst vor zwei Tagen in der Zeitung über das Honorar gelesen hat! Seltsam, seltsam!

Ein Verluß, den Rechtsanwält Sad sofort herbeizujudizieren, war vergeblich. Der Ausschuss beschloß, Sad noch einmal zu laden und ihn dem Fährlich Meder gegenüberzustellen.

Unsoziale Geldstrafen.

Sozialdemokratische Kritik im Strafrechtsausschuss.

Der Strafrechtsausschuss des Reichstags setzte heute die Beratung über die Geldstrafe fort. Auf Anfrage des Genossen Rosenfeld teilt Ministerialrat Schäfer für Preußen mit, daß im Jahre 1926 478 Geldstrafen sich zwischen einer Mark und 1000 M. bewegten und daß 122 Geldstrafen auf eine höhere Geldstrafe als 1000 M. lauteten. § 38 des Entwurfs, nach welchem die Höhe der Geldstrafe bei Gewinnsucht des Verurteilten in das Ermessen des Richters gestellt wird, wird angenommen.

Zu § 39 beantragt die sozialdemokratische Fraktion, daß im Falle der Nichtentrichtbarkeit einer Geldstrafe auf eine Erbschaftsstrafe verzichtet werden könne. Genosse Rosenfeld begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß eine Geldstrafe einem Angehörigen der bestehenden Klasse kaum treffe, um so schwerer aber einem Angehörigen der unbemittelten Klasse. Deshalb bedeu

Unrecht gegenüber der Arbeiterschaft.

wenn bei der Geldstrafe der Besizende nur ins Portemonnaie zu greifen brauche, ohne es weiter zu beeinträchtigen, ein Arbeiter aber ins Gefängnis müsse. Die Regierung habe doch bei der Beratung der Geldstrafe in Aussicht gestellt, die Möglichkeit zu schaffen, daß jemand, der eine Geldstrafe nicht zahlen könne, sie durch Arbeit abarbeite. Warum werde das nicht auch jetzt vorgeschlagen. Ministerialrat Schäfer widerspricht dem sozialdemokratischen Antrag, indem er darauf hinweist, daß, wenn an die Stelle einer nicht entrichtbaren Geldstrafe auch nicht mehr Freiheitsstrafe treten sollte, von einem Strafen überhaupt nicht mehr die Rede sein könnte. Ministerialdirektor Bumke teilt mit, daß die früheren Versuche, Geldstrafe durch Beschäftigung abarbeiten zu lassen, daran gescheitert seien, daß weder das Reichsarbeitsministerium noch die Gewerkschaften sich dafür ausgesprochen hätten. Gerade die letzteren haben eine unüberwindliche Abneigung gegen eine Art un-lauterer Konkurrenz gegen die freie Arbeit gezeigt. Wenn nach dem sozialdemokratischen Antrag eine Strafe überhaupt nicht eintreten sollte, wenn Geldstrafe nicht gezahlt werden könne, sei zu

befürchten, daß die Neigung, auf Geldstrafen zu erkennen, geschwächt werde.

Abg. Barth (Dnat.) kritisierte die Gewerkschaften, die sich recht engherzig gezeigt hätten. Die Sozialdemokraten wollten anscheinend überhaupt kein Strafrecht mehr.

Ministerialrat Schäfer teilt für Preußen mit, daß gerade wegen der Bedenken der Gewerkschaften die Abarbeitung einer Geldstrafe durch Arbeit nicht weiter eriotet sei. Die Gewerkschaften fürchteten Uebererschreitung des Achtstundentages und die Beeinträchtigung von Sonntagsarbeit. In Preußen seien im Jahre 1926 von 248 000 verhängten Geldstrafen 178 000 bezahlt worden. Und nur an Stelle von 24 000 Geldstrafen sei Freiheitsstrafe getreten.

Genosse Rosenfeld bedauert, daß

Zahlen immer nur für Preußen

gegeben würden. Es sei erstaunlich, daß die anderen Länder sich so wenig bei den Beratungen beteiligten. Es müsse sich ein Bedenken lassen, bei dem unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Gewerkschaften in bezug auf Achtstundentag und Sonntagsarbeit doch auch der richtige Grundgedanke verwirklicht werden könne, der in der Forderung stehe, Geldstrafe durch Arbeit abarbeiten zu lassen.

Abg. Wunderlich (Sp.) erkannte an, daß die Geldstrafe in der Tat sehr verschieden den Armen und Reichen drücke.

Man soll die Sache beim Strafvollzugsgesetz zu regeln lassen. Ministerialrat Schäfer hebt noch hervor, daß die Gerichte vielleicht mehr auf Freiheitsstrafe erkennen müßten, wenn im Falle der Nichtzahlung einer Geldstrafe die Strafe erlassen würde.

Genosse Rosenfeld erhebt in dieser Annahme eine schwere Herabsetzung der Richter und fragt, ob die Sozialdemokraten die Richter gegen den Vorwurf, daß sie lieber auf Freiheitsstrafe statt auf Geldstrafe erkennen würden, wenn im Falle der Nichtentrichtbarkeit der Straferlaß eintreten würde, in Schutz nehmen sollten. (Heiterkeit.) Ministerialrat Schäfer meinte, es liege doch menschlich nahe, daß die Richter auf Freiheitsstrafe erkennen, wenn Angeklagte sagen, sie könnten nicht zahlen.

Genosse Landsberg erklärte, daß mit den Gewerkschaften nochmals gesprochen werden müsse. Die Gründe für das abweichende Verhalten der Gewerkschaften läßen ihm nicht geklärt vor, und er hoffe, sie noch zu einer anderen Stellungnahme bewegen zu können. Der sozialdemokratische Antrag wird bis zum Strafvollzugsgesetz zurückgenommen und § 39 angenommen.

Kentnerhilfe in Mecklenburg.

Fürsorge gegen die Not des Winters.

Schwerin, 5. November.

Das Linksbündnis in Mecklenburg-Schwerin hat sich entschlossen, die infolge der Teuerung bestehende Not aller hilfsbedürftigen Kleinrentner und Sozialrentner zu lindern. Nach vorläufigem Ueberschlag wird für die erhöhte Hilfsmaßnahme, die für die Wintermonate durchzuführen ist, beabsichtigt, Mittel über 100 000 Reichsmark monatlich zur Verfügung zu stellen, die aus dem Haushaltsplan des Ministeriums, Abteilung für soziale Politik, entnommen werden.

Gesandter Birf freigesprochen.

Kein russischer Spion.

Kreuz, 5. November.

Der Prozeß gegen den früheren estländischen Gesandten in Moskau, Birf, hat mit dem Freispruch des Gesandten geendet. Er war der Spionage zugunsten Sowjetrusslands beschuldigt und hatte sich längere Zeit gewewert, aus Moskau nach Kreuz zurückzufahren, als er seines Postens enthoben war.

Kreuz, 5. November. (II)

Nach einer TU-Meldung ist der estländische Generalkonsul in dem Urteil unzufrieden. Durch das freisprechende Urteil wird die russische G.P.U. schwer belastet. Es wird angenommen, daß der Leiter der G.P.U. für die bolschewistischen Erganowski und unter Umständen auch der russische Gesandte von ihrem Posten abberufen werden.

Herbstausstellung der Akademie.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Voraus ist leider wieder zu bemerken, daß die Anordnung der 700 Nummern (wovon 650 graphische Blätter, Aquarelle, Handzeichnungen) in der Akademie vom Teufel der Anordnung arrangiert zu sein scheint. Es ist ja allerhand, daß man die zwei großen Säle in der Mittelgasse Ráthe Kollwitz überlassen hat. Damit ist aber auch jede Orientierungsmöglichkeit erschöpft, und in zehn Sälen überlagern sich Namen, Farben, Formen in totaler Zusammenhanglosigkeit. Warum 150 Künstler nicht nach sachlichen Gesichtspunkten zusammen und gegenübergestellt werden können, warum der Katalog alphabetisch und die Säle thematisch angefüllt werden und die Nerven der Betrachter auf äußerste Weise gepeinigt werden müssen, das ist schlechthin unerfindlich.

Davon abgesehen, wird man eine große Anzahl vorzüglicher Arbeiten finden und ein hohes Niveau der gegenwärtigen Zeichen- und Aquarellkunst feststellen können. Sehr wesentlich trägt dazu die große, zwei Säle umfassende Kollektion von Zeichnungen und graphischen Blättern von Ráthe Kollwitz bei, wozu die Akademie den 60. Geburtstag ihres heroisierenden Mitgliedes nachträglich, aber um so nachdrücklicher ehrt. Von 1889 bis zur Gegenwart reichen diese Werke, die in Tendenz wie Form gleich hoch stehen, deren Ablichte niemals die künstlerische Verantwortung trübt, deren Gestaltung reslos mit der sozialen Bemüpfung der edeln Frau sich deckt. Man wird nicht leicht wieder Geringere haben, einen so umfassenden Ueberblick über ihre Lebensarbeit zu gewinnen. Die besten Dinge sind in sicherem Besitz: wieviele Privatmaler neben den Kupferstichkabinetten von Dresden und Berlin und der Nationalgalerie ihre Schätze hergeliehen haben, erzählt man aus dem Katalog. Wer es noch nicht wußte, muß erstaunen über die sich gleichbleibende Größe der bildenden Form, die vom ersten Selbstbildnis von 1889, von den Wehrraderierungen (1895) bis zu den letzten Litpas und Blakaten handhält. Man möchte fast sagen, daß nur die technischen Mittel sich wandelt, vereinfacht, monumentalisiert haben; was sich gleich geblieben ist, der Kern jeder großen Kunst, ist das Herz und die Phantasie der Künstlerin, die alles Können in den Dienst der Menschheit, der Armen und Unterdrückten stellt.

Noch einen Meister der Graphik ehrt die Akademie durch Sonderkollektion: Alfred Rubin, zu seinem 50. Geburtstag. Fast alle ausgestellten Blätter sind Federzeichnungen; eine ausgezeichnete Sammlung. Rubin ist ein Monomaner; ein von Wiskonen Befehlener. Dies ist ihm mit Ráthe Kollwitz gemeinsam: daß er keine Wohl hat, daß er leidet und seine Leiden veranschaulichen seine Wahl hat, daß er leidet und seine Leiden gestalten muß.

Es gibt dann noch einige Probleme gegenwärtiger Kunst in Deutschland, die sich angestreift der ausgebreiteten Handzeichnungen aufhän. E. V. Richter war vor dem Krieg einer unserer stärksten und blutvollsten Bildner; die „große Zeit“ hat ihn leider wolle gebrochen, und er hat sich die heute noch nicht von seiner Kränklichkeit erholt. Immerhin sind seine Zeichnungen lebendiger und gegenwärtiger als die betrüblichen Gemälde, die man vor einiger Zeit bei Cassirer sah.

Neue Namen unterstreichen im wesentlichen mehr das Nazarenisch-Bestimmte, Fromm-Geistliche eines aufkommenden Realismus: Elise Eisgräber, Paul Holz, Hengstenberg, Ireler und großzügiger: Rachel Szall, Ludwiga Rath, H. E. Oberländer, Grunzieger. Als illustratives Talent von hoher Begabung fällt Marie Braun auf; sie behauptet sich gut neben den Illustrationen, die man immer mit gleichem Vergnügen von dem ausgezeichneten Hans Reid, von Stevagt („Faut 11“) und unserem prächtigen Heinrich Zille sieht: solchen Blättern gegenüber hat man ein großes Gefühl der Sicherheit, daß deutsche Kunst unerschöpflich ist.

Bleibt das Rückgrat dieser Herbstausstellung, das Aquarell (landschaftlicher Gattung), das nie enttäuscht, dessen Qualität sich im Gegenteil von Jahr zu Jahr zu steigern scheint. Th. Franz erhebt nie so frei, dekorativ und naturwahr zugleich. Dazu Ulrich Hübners kleinere Aquarelle, von einer fast legendären Vollkommenheit, die auch der Kunstmarkt bereits anerkennt; B. Röhrichs erlesene Landschaftsdarstellungen (manchen mögen sie den Höhepunkt bedeuten), B. Krauskopfs intensive Farbensucht voll naturhafter Phantasie, Wesels Garten, an Romantiker erinnernde Epigramme, und vor allen die bezaubernd verponenen Aquarelle des alten Richard Sachs, so intim in ihrer Detaillierung wie frei und bedeutend in der Technik, sind zum Schönsten zu rechnen. Von den Jüngeren müssen unbedingt Max Haid, R. Tuch, Kenforst, Max Reumann, mit hellen, fröhlichen Benedikt-Ansichten, Kamela, G. G. W. Rath, Elfi Hilbert, Chr. Beyer und Otto Heinrich genannt werden.

Unter den Bildhauern: Richard Scheide mit einem herrlichen Anabaptist; und die phantastische aus dem Holz gewonnenen Formsynthesen von Joh. Schifferner.

Palucca.

Tanzabend im Bad-Saal.

Die vier größten Sterne der modernen Tanzbühne erschienen diese Woche auf Berliner Boden. Joanne Georgi und Kreuzberg, dann die Wigman und jetzt die Palucca. Im Bad-Saal. Drei Tage nach der Wigman. Das erfordert neue Einstellung. Drei schwerste Probleme zu komplizierter Gestaltung geformt. Seelenliefen erschöpft. Hier Tanz, nichts als Tanz. Ein unbekümmerter Menschentanz, das im Tanz lebt. Sich ausgiebt. Desßen naturgemäße Stimmungsäußerungen tänzerisch sind. Während die Schöpfungen der Wigman in ihren letzten Werten sich nur wenigen entschleiern, ist die Kunst der Palucca für alle da. Darin liegt der Zauber ihrer Tänze. Darin ihre Belleibtheit. Sobald sie auf der Bühne erscheint, hat sie alle Herzen gefangen. Das Publikum steht sofort im Banne ihrer Kunst und ihrer Persönlichkeit. Und Kunst und Persönlichkeit sind hier eins.

Sie tritt auf das Podium, scheint den Raum zu rekonstruieren, indem sie mit Arm und Bein, mit Sprung und Schwung vorsieht, nach links und rechts, nach vorn und hinten. Und sie lacht, als freude sie sich, daß sie tanzen darf. Sie ist die einzige Tänzerin, den

man ihr Lachen glaubt. Der Kontakt mit dem Publikum ist hergestellt, ohne daß er gesucht wird. Denn die Palucca scheint nur für sich zu tanzen. Welt sie tanzen muß. Es ist alles selbstverständlich. Unerhörte technische Bravourstücke erscheinen lebensnotwendig. Wenn man fröhlich ist, macht man eben einen ungeheuren Aufsprung mit zwei, dreifachen Entschreitens. Wenn man jubelt, wirft man die Beine ein Duzend mal funktionierend gen Himmel, rast wirbelnd über die Bühne. Das sind keine atrobatischen Effektmaller. Es ist — so scheint's — nicht gemacht, angelernt, gewollt. Es ist der naturgemäße Ausdruck innerster Stimmung und Uberschäumender Kraft. Die Kunst des Schreitens, in der Lagan, die Wigman, die Feist Weiler sind, ist der Palucca fremd. Sie muß laufen, hüpfen, springen. Und in dieser Kunst kommt ihr keiner gleich. Aber sie versucht sich jetzt auch in beherrschter Bewegung. In schleichendem Gleiten, in kraftvollen Spannungen („Gebalten“). In ganz langsamem Niederklinken und Aufschweden („Gebundene Ruhe“). Und während ihre Tänze sonst meist in ungeheurem Aplomb mit der Triumphtorgeste des Siegers schlossen, klingen sie jetzt zuweilen in wunderbar leichte, halb sinnende, halb fragende Attituden aus. Aber ob beherrschte Spannung oder lauchender Sprung: immer gibt sie sich ganz. Immer lebt sie mit Seele und Körper ihren Tanz.

Und das Publikum erlebt ihn mit ihr. Und jubelt ihr zu. Und liebt sie. John Schikowski.

Gorki und Sowjetrußland. Die russische Presse veröffentlicht die letzten Briefe Gorkis aus Sorrent an seine Freunde. Gorki erklärt darin, die Sowjetregierung könne ohne Zweifel vor Europa auf ihre Förderung der Wissenschaften stolz sein. Gorki teilt seine Absicht mit, einen Roman über das neue Rußland zu schreiben. Zu diesem Zweck halte er es für notwendig, persönlich die Fabriken und Dörfer Sowjetrußlands zu besuchen und den Aufbau des neuen Lebens von allen Seiten kennen zu lernen.

Transatlantische Sorgen. In den Vereinigten Staaten ist zurzeit eine Bewegung im Gange, die sich gegen die überkommenen Begriffe des Sonntagsanzuges und des Sonntags-Tafelgeschritts wendet. In einer Anzahl großer Städte sind Klubs gegründet worden, deren Mitglieder sich verpflichten, ihre besten Anzüge auch Werktags zu tragen, und ebenso das beste Porzellan-geschirr an allen Tagen ohne Unterschied zu gebrauchen. Zur Begründung wird erklärt, es sei weder schicklich, am Tage des Herrn besonderen Luxus zu treiben, noch am Werktag sich der Familie und den Freunden in einer Aufmachung zu zeigen, die nicht das Beste ist, was man aufbringen kann.

Schlussführungen der Woche. Mont. 15. 1.6. Klotterstr.: „Der Herz Senator“, Minn. Eldfische Oper: „Velleas und Melissa“, Donnerst. 16. a. Kollendorplatz: „Kajulian, die Romanone, der Krieg und das Volk“, das gegen die aufkand. Qualifikation: „Zimmer Nr. 10“, Freit. Schillerstr.: „Geb dem, der lügt“, Spoodst. 18. am Zylinderbaum: „Schieder des Rußm“.

Ueber „Erben und Besitzen von Kunstwerken“ hält Max Peri auf Einladung der Volkshochschule G. B. am 12. 30 Uhr, einen 2. Lichtbildvortragabend im Hofsaal der Kunstgewerbeschule, Feingehilfsstraße 7a. Einlasskarten 70 Pf.

Das Charakterbild v. Heydebrands.

Weitere Zeugnisaussagen. — Die Gutachten der Sachverständigen.

Breslau, 5. November.

Der heutige Verhandlungstag brachte einen ungeheuren Andrang des Publikums, so daß Hunderte keinen Einlass fanden. Zunächst sollten die Zeugen vernommen werden. Der Vorsitzende gab den anwesenden medizinischen Sachverständigen eine kurze Rechtsbelehrung, ob sie sich durch ihre Schweigepflicht gebunden fühlen müßten. Die Ärzte saßen völlig frei, so erklärte Landgerichtsdirektor Furbach, doch müßten sie entscheiden, was höher stehe, das Interesse der verstorbenen Frau v. Heydebrand oder die Ehre und das Leben des Angeklagten.

Dann wurde das Protokoll der gestern erfolgten kommissarischen Vernehmung des Herrn v. Brittnig und Gaffron, des Onkels des Angeklagten, in „Wäffelsgrund“ verlesen. Er schilderte, wie bereits gemeldet, seine Vermittlungstätigkeit, die sich auf zwei Abschnitte erstreckte. In seiner Aussage betonte der Zeuge noch ausdrücklich, daß er den Verdacht gehabt habe, seine Nichte sei geschlechtskrank gewesen. Der Zeuge erklärte weiter noch, daß er aus dem Brief seines Neffen nicht das Schuldverhältnis erkennen könne. Ueber den Tod der Nichte erklärte Herr v. Brittnig:

„Der Tod meiner Nichte ist mir ein Rätsel.“

Selbstmordgedanken hat sie mir nie geäußert. Ob und welche Schuld mein Neffe an der Zerrüttung der Ehe hat, weiß ich nicht, dazu kenne ich ihn zu wenig.“ — Schließlich wird noch der Brief des Angeklagten an seinen Onkel verlesen, den er nach dem Tod seiner Gattin an diesen schrieb. Darin heißt es: „Lieber Onkel, ich muß dir die traurige Mitteilung machen, daß Erna heute Nacht ganz unvorbereitet und ohne daß ich es hindern konnte, Selbstmord verübt hat. Ich bin aufs tiefste erschüttert, da mir so ein Vorwurf entgeht, den ich in diesem Leben nicht mehr erschüttern kann.“ — Landgerichtsrat v. Zastrow, über den Ruf und Charakter des Angeklagten befragt, erklärte, daß er die erste Ehe des Angeklagten lange Jahre beobachtet habe. V. Heydebrand sei ein ausgezeichnetes Dialektiker. „Ich hätte immer das Gefühl, daß es höchst reizvoll sein müßte, mit ihm zu debattieren, aber nicht immer angenehm, mit ihm zu reden.“ Zwischen ihm und seiner Frau gab es in religiösen Fragen tiefergehende Empfindungsunterschiede. Der Angeklagte hängt auch heute sehr stark an seinen Kindern und tut alles, um sie gut zu erziehen. Er trägt mitunter eine Imitation zur Schau, ohne sie innerlich zu besitzen. So äußerte er bei dem Tode seines Bruders im Kriege — er sprach nie von Heldentod — „Erst waren wir 10 Reuterlein, jetzt sind wir nur noch neun.“ Damit wollte er seine innere Bewegung verdecken. Ich möchte Heydebrand mit dem Schriftsteller Böns vergleichen. Er ist

jactansüßend und rauh.

Er ähnelt dem Kulturlöcherer Karl Peters. Auch er hätte anderswo wahrscheinlich größeres geleistet. Er ähnelt politisch dem Grafen Reventlow, der neben offener Begeisterung doch auch fast berechnend ist. Seine tolle, außerordentlich frivole Art hat wohl seine zweite Frau in den Tod getrieben, aber ein Verbrecher Charakter hat sie nicht, ein Mörder aus Habgier ist er bestimmt nicht.“ — Angekl. v. Heydebrand: Ich möchte hiermit meine sittlichen Begriffe definieren. Der unbedingte Maßstab für gut oder böse liegt in der Brust jedes Menschen. Ein Schweinehund, der dagegen verstoßt. — Staatsanwalt Dr. Röller überreichte zwischen dem Vorsitzenden eine Anzahl Schmäh- und Drohbriefe sowie die „Dieter“ eines Berliner Kunstmalers, der dem Staatsanwalt das Horoskop stellen will.

Die Sachverständigen.

Dann wurde als erster Sachverständiger Prof. Schläger (Berlin) vernommen. „Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn Vorsitzenden. Das Interesse des Lebenden überwiegt. Ich habe 1920 Frau v. Heydebrand untersucht, die an einer, wie ich annahm, schweren Sypphilis

im Nervensystem litt, und ihr empfohlen, sich in dauernde ärztliche Behandlung zu geben.“ — Prof. Förster (Breslau) berichtete, er habe bei der Verstorbenen eine Rückenmarkserkrankung vermutet. Die Prüfung der Rückenmarkslüssle ergab nicht das Vorhandensein von Sypphilis, trotzdem wurde sie einmal mit Salvarsan behandelt. — Dr. Sporleder (Gudrau) hat Frau v. Heydebrand 1919 und 1924 behandelt. Sie sei sehr schwankend in ihren Ansichten gewesen und habe sich zu einer regelrechten Kur nicht bequemen wollen. Er habe später dann dem Angeklagten nach dem Tode der Frau erzählt, daß seine Frau vermutlich an Sypphilis gelitten habe. — Dr. Knorr (Breslau) hat Frau v. Heydebrand auf Grund der Pupillendifferenz mit Salvarsan behandelt. Frau v. Heydebrand sei dann aber nicht wieder in die Sprachsprechstunde gekommen und habe geäußert: „Ich bin gesund, verückt sind nur die Ärzte, die mich auch verurteilt haben wollen.“ Nach seiner Ansicht habe schon 1920 die Verurteilung bei Frau v. Heydebrand eingeleitet. Vork.: Kann sich das Befinden der Frau in den folgenden Jahren gebessert haben? Sachverständiger: Im Gegenteil, es wird sich verschlechtert haben. Dieser Ansicht widerspricht Prof. Schläger, der erklärte, daß sehr oft diese Fälle stationär blieben und daß nur dann ein sicheres Urteil abgegeben werden könne, wenn man die Krankheit bis zuletzt beobachtet habe. Die Hebamme Frau Hoffmann gab nochmals eine Charakterisierung der Toten, die sie als einen zerrissenen kranken Menschen schilderte. Frau v. Heydebrand sei z. B. überzeugte Antifeministin gewesen, habe aber trotzdem in jüdischen Geschäften gekauft, da sie nie einer Uebersetzung treu geblieben sei. Nach der Ansicht der Zeugin sei der gesundheitliche Zustand der Verstorbenen 1925 bereits sehr schlimm gewesen. Prof. Wilhelm (Schreiberhau), bei dem der Angeklagte nach dem Tode seiner Frau weilte, schilderte, daß Herr v. Heydebrand in den ersten Tagen völlig niedergeschlagen gewesen sei, nach einigen Wochen aber wuschier, gelungen und sich gern unterhalten habe. In Abschiedsreden, die er der Gattin des Arztes widmete, habe er sich mit einem schwerverwundeten Bild verglichen, das ins Dreckloch geschleht sei. Der Eindrud eines Mörders habe v. Heydebrand nicht gemacht. Sodann kamen die Sachverständigen über

die Todesmöglichkeit der Frau v. Heydebrand

zur Sprache. Medizinalrat Dr. Strahmann war der Meinung, daß die Waffe nicht an den Kopf angelegt worden sei, da in solchem Falle die Explosionsgase die Haut aufreißen. Ferner war Pulverschmauch und Pulverflächchen auf der Hand vorhanden, die sonst beim Ausschlagen aus dem Kopf in den Wundkanal gerissen werden. Versuche hätten bewiesen, daß bei Schüssen aus zehn Zentimeter Entfernung im Umkreis von 6 Zentimeter Pulverschmauch vorhanden war. Man könne nach dem Befund annehmen, daß der Schuß aus 1-1½ Zentimeter Entfernung abgegeben worden sei. Es bleibe die Tatsache, daß die tote die Waffe in der Hand behalten habe. Kataleptische Starre unmittelbar nach dem Schuß könne nicht angenommen werden. Die Frau habe noch eine Zeitlang gelebt und infolge Muskelerelaxation sei der über den Kopf erhobene Arm auf die Bettdecke gefallen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es nicht sehr unwahrscheinlich sei, daß die Waffe nicht direkt an den Kopf angelegt sei, erklärte der Sachverständige, daß solche Abweichungen von der Regel vorkämen. Gerichtsarzt Dr. Schmidt betonte, daß aus dem Blutgefäß keine Sypphiliserkrankung bei der Obduktion festzustellen gewesen sei. Auch er sei der Ansicht, daß hier Selbstmord nicht ausgeschlossen sei. Schießsachverständiger Major Bachlein (Berlin) erklärte, daß auch er annehme, daß der Schuß aus 2-3 Zentimeter Entfernung abgegeben sei. Er stimme auch bezüglich der Einschlagöffnung den ärztlichen Gutachten bei. Bistoch sei neuerdings festgestellt, daß Selbstmörder nicht mehr in die Schäfte, sondern in den Kopf schießen. Der Sachverständige verbrachte sich dann über die Möglichkeit, ob Frau v. Heydebrand die Pistole über den Körper des Mannes hinweg habe ergreifen können.

Wild-West in Berlin.

Nächtliche Schießerei. — Zwei Tote, zwei Verletzte. — Die Täter entkommen.

Eine Schießerei, die an wilde Zeiten erinnert, spielte sich in der vergangenen Nacht im Norden der Stadt ab. Sie verlangte zwei Todesopfer, während zwei Personen erheblich verletzt wurden. Getödtet wurden der 64 Jahre alte Schuhmacher Hermann Reumann aus der Tempeliner Str. 1 und der ebenso alte Bezirksvorsteher Philipp Schulze aus der Choriner Str. 58. Verletzt der 32 Jahre alte Chauffeur Erich Schulz aus der Elisabethstraße 65 und eine 22 Jahre alte Irma Radtschlag aus der Choriner Str. 68.

Der Schuhmacher Reumann, der aus Königsberg i. Pr. stammt, betreibt in dem Hause Tempeliner Str. 1 eine Kellereiwirtschaft. Er arbeitete gestern bis in die Nacht hinein und ging dann in seiner Arbeitskleidung nach in die Schankwirtschaft von Reichmann in derselben Straße. Hier saßen verschiedene Gäste. Kurz nach 24 Uhr kam nach der Chauffeur Schulz mit zwei jungen Männern und einem jungen Mädchen dazu. Schulz hatte sie vom Alexanderplatz in der Nähe der Neuen Königstrasse nach dem Lokal gefahren, vor dem sie halten ließen. Nach einiger Zeit ging der eine der beiden jungen Männer mit dem Mädchen weg, um sie nach Hause zu bringen. Nach einer guten halben Stunde kehrte er zurück und brachte noch einen Nachtwächter mit. Jetzt sprach er auf den zweiten jungen Mann, der bei dem Chauffeur saß, heftig ein und machte ihm Vorwürfe, daß er zu viel bestelle und trinke. Mit den Worten: „Ihr sauft euch auf meine Kosten voll!“

zog er einen Revolver und schloß ihm seinem Freunde an den Kopf.

Dieser griff ebenfalls in die Tasche, als ob er eine Schusswaffe heraussuchen wollte, ließ sie aber stecken. Es kam aber nicht zur Schießerei, sondern die beiden schimpften nur heftig aufeinander. Den Gästen, einem ruhigen betagten Paar, war dieser Auftritt sehr peinlich. Reichmann forderte die unangenehmen Gäste auf, das Lokal zu verlassen. Die beiden hörten jedoch nicht darauf, liefen vielmehr ihr Geschimpfe fort. Da drangen andere Gäste die Störenfriede hinaus und Reichmann verzichtete gern auf Bezahlung der Zechen, um nur Ruhe zu haben. Es gelang den Gästen auch, die Ruhestörer auf die Straße zu bringen, dort möchten sie sich, wenn sie einmal schiefen wollten, darin versuchen. Bei der Rückkehr der Gäste ließ man, weil es warm war und um den Rauch abziehen zu lassen, die Tür auf. Die beiden schimpften draußen weiter.

Pötzlich erschienen sie an der Tür und schossen mehrmals in das Lokal hinein.

Reumann, der in der Mitte am Schanktisch stand, erhielt einen Steckschuß in die Luftröhre in der Höhe des Schlüsselbeins und brach tot zusammen. Der Chauffeur Schulz, der mehr links zur Seite stand, wurde durch einen Steckschuß in die Brust getroffen. Alle Gäste sprangen erregt auf und nahmen sich des daliegenden Reumann an. Weil sie glaubten, daß er noch lebe, so trugen sie ihn in das Auto des Schutz und brachten ihn trotz seiner eigenen Verletzung nach dem Hebrigstrassenhaus. Dort konnte man aber nur noch den Tod feststellen. Schulz fuhr zurück, merkte aber unterwegs, daß er sich doch zuviel zugemutet hatte und fuhr nach dem Krankenhauses Am Friedenstraße. Hier wurde er noch in der Nacht operiert. Er befindet

sich auf dem Wege der Besserung. Unterdessen verfolgten die Gäste des Lokals die flüchtigen Täter, die um den Häuserblock herumliefen, sich wiederholt umwandten und schossen, zum Glück, ohne zu treffen. In dem Hause Schmiedstr. 24, an der Ecke der Choriner Straße, sah mit anderen Gästen der Bezirksvorsteher Schulze in einer Gastwirtschaft. Als er einmal an die Tür trat, hörte er die Rufe der Verfolger: „Halt ihn! Halt ihn!“ Er ging hinaus, sah die beiden Flüchtenden und stellte sich dem größeren in den Weg. Während er versuchte, ihn mit der linken Hand zu fassen, schwang er mit der rechten seinen rechten Spazierstock. Da zog der Gegner seinen Revolver, schloß und traf ihn über dem linken Ohr in den Kopf, so daß er

auf der Stelle tot

zusammenbrach. Inzwischen waren Schupobeamte dazugekommen, die die Verfolgung mit aufnahmen und die Schüsse der Flüchtenden erwiderten, ohne zu treffen. Durch einen Schuß der Verfolgten wurde Irma Radtschlag, die zufällig des Weges kam, in den linken Oberarm getroffen. Die Flüchtigen entwanden schließlich in der Richtung nach der Gorkumstraße zu. Bezirksvorsteher Schulze wurde mit einem Auto nach dem Lazarustrassenhaus gebracht, wo aber auch nur sein Tod festgestellt werden konnte. Auf die verfolgten Polizeibeamten gaben die Flüchtenden nicht weniger als 8 Schüsse ab, die alle fehlgingen. Der unerhörte Vorfall gab Veranlassung, die Referendarmordkommission zu alarmieren. Kriminalkommissar Brachwitz nahm alsobald mit seinen und Beamten des 82. Reviers die Ermittlungen auf. Es wurde festgestellt, daß die beiden Burlichen unterwegs auf der Flucht ihre Waffen neu geladen hatten. Einer von ihnen hatte einen Augenblick im Keller des Hauses Choriner Straße 16 verweilt, um Atem zu schöpfen und hier seinen großkalibrigen Trommelrevolver liegen lassen. Ein junger Mann, der die Vorgänge nicht kannte, hatte ihn in hochender Stellung sitzen sehen. Aus dem Revolver waren fünf Patronen abgeschossen, ein Schuß hatte verfehlt.

Zur Feststellung der Verbrecher wurde sofort auch nach dem jungen Mädchen gesucht, die der eine nach Hause gebracht hatte. Der Wächter betonte, daß er dem Mädchen das Haus Schmiedstr. 13 aufgeschlossen hatte, weil das Mädchen den Schlüssel nicht finden konnte. So ermittelte man dieses Mädchen bald, sie konnte aber eine nähere Auskunft nicht geben. Wie sie sagt, hat sie den jungen Mann erst zweimal getroffen und kennt weder genau seinen Namen noch seine Wohnung. Er soll „Schäfer“ heißen. Beide waren gut gekleidet und sprachen ein gutes Deutsch. Die Ermittlungen werden nach allen Richtungen mit der größten Energie betrieben. Angaben aus dem Publikum nimmt Kriminalkommissar Brachwitz, Dienststelle B. 5, im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums entgegen.

Tragedie in Hafensfelde.

Eine andere Schießerei spielte sich in Hafensfelde bei Spandau ab. Hier erschloß der 21jährige Bankbeamte Walter Reiche den Landwirt Wilhelm Streuff, da er ihn, wie er vorgibt, mit einem Einbrecher verwechselt hatte.

Reiche wohnte bei dem Landwirt Wilhelm Streuff zu Hafensfelde im Hause Nr. 10 als Unterkmieter. Reiche sagte, wie er sagt,

in der Nacht zwischen 23 und 23½ Uhr, als er in seinem kleinen Zimmer im Bett lag, einen Schuß fallen, der ihn weckte. „Ich darauf sah er im Zimmer einen Mann. Er rief ihn an, und als er keine Antwort gab, gab er zwei Schüsse auf ihn ab. Der Mann brach mit einem Aufschrei zusammen. Reiche machte Licht und sah zu seinem Schrecken, daß er seinen Hauswirt, der tot dalag, erschossen habe. Das ist seine Darstellung. Zur Aufklärung bezog sich Kriminalkommissar Dr. Wächter mit Beamten der Referendarmordkommission nach Hafensfelde hinaus. Die Untersuchung dort ist noch nicht abgeschlossen.“

Eine dritte Schießerei

wird aus der Kleinen Marktsstraße gemeldet. Hier wurde um 2 Uhr nachts der 28 Jahre alte Willi Schröder mit zwei Schußverletzungen aufgefunden. Eine Kugel hatte den Kopf, eine zweite den Bauch getroffen. Schröder wurde von Beamten des 88. Reviers nach der Rettungsstelle gebracht und verbunden. Die Verletzungen erwiesen sich als nicht gefährlich, so daß er in ärztliche Behandlung entlassen werden konnte. Wie er sagt, hatte er mit zwei Männern, die aus Bismarck entwichen sein sollen, einem Roman Czajka und einem Hans Schwärzer, in einem Lokal in dem Hause Nr. 8 gezecht. Man hatte dann ein Auto geholt, um zu einem Mädchen zu fahren. Czajka und Schwärzer bestiegen zuerst den Wagen, Schröder stand noch draußen, um dem Chauffeur die Adresse anzugeben. Als er auch einsteigen wollte, fielen aus dem Wagen heraus mehrere Schüsse, von denen zwei ihn trafen. Auch in diesem Falle sind die Ermittlungen noch im Gange.

Diphtherie im Erholungsheim Nest.

Im dem Stadt Berlin gehörenden Kindererholungsheim Nest an der Ostsee sind Fälle von Diphtherie vorgekommen. Bei sechs Kindern ist Diphtherie festgestellt worden, eins dieser Kinder ist gestorben, und mehrere andere Kinder gelten als Diphtherieverdächtig. Da das Heim mit 360 Kindern besetzt ist, so hat das Berliner Hauptgesundheitsamt sofort die nötigen Vorkehrungen zur Verhütung weiterer Erkrankungen getroffen. Professor Seligmann vom Hauptgesundheitsamt ist mit mehreren Ärzten nach Nest gefahren und hat sämtliche Kinder untersucht. Kinder mit Halsentzündungen, die verdächtig schienen, wurden in besonderen Gebäuden isoliert, so daß einer Uebertragung vorgebeugt sein dürfte. Es wird nicht für erforderlich gehalten, den Kuraufenthalt der Kinder vorzeitig abzubrechen und alle Kinder sofort nach Berlin zurückzuführen zu lassen.

Autobus und Straßenbahn.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Autobus der Linie 5 und einer Straßenbahn der Linie 24 ereignete sich heute Mittag an der Ecke Haupt- und Helmstraße zu Schöneberg. Drei Fahrgäste wurden schwer verletzt und zunächst nach der nahegelegenen Rettungsstelle in der Hauptstraße gebracht. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Durch den Vorfall entstand eine längere Verkehrsstockung.

Kommunistische Kritik an Sowjetrußland.

Die „Linken Kommunisten“ hatten ihre Anhänger am Freitagabend nach den Sophienstädten zu einer Jubiläumssfeier für Sowjetrußland zusammenberufen. Die Festrede hielt Urbahn, der in seinen Ausführungen die Politik der Sowjetführer scharf kritisierte. Er warf Stalin vor, daß er den Kapitalismus in Sowjetrußland wieder großgezögelt hat. Er verurteilte, daß man den Großbauern mit der wirtschaftlichen Macht auch politischen Einfluß gegeben habe. Der Staat Sowjetrußland sei bürokratisch und die Kluft zwischen Staatsbürokratismus und Arbeiterschaft wird immer größer. In Rußland muß heute die proletarische Klasse wieder den Klassenkampf gegen die immer stärker werdenden Kapitalisten führen. In Sowjetrußland werde ein übler Personenkult betrieben. Wenn die Arbeiterschaft die politische Leitung weiterwirken lasse, so sei der Bestand der Sowjetunion ernstlich gefährdet. In der Verlesung wurden lebhafteste Zwischenrufe gemacht. Als eine Arbeiterin in einem Zwischenruf erklärte, sie kenne Sowjetrußland, wurde ihr zugerufen: „Du darfst nicht wohlach der Wochen Urlaub dort verbringen.“ Diese Antwort fand lebhafteste Zustimmung in der Versammlung. Sie beweist, wie selbst die kommunistischen Arbeiter die Rußlanddelegationen einschätzen.

Eine gute Tat vollbringt jeder Käufer eines 50 Pfennig-Loses der Arbeiterwohlfahrtslotterie, weil der Ertrag dieser Lotterie zur Linderung der Not und zur Schaffung von Wohlfahrtsanstalten bestimmt ist. Der Höchstgewinn der Lotterie, deren Gewinnplan 145 984 Gewinne und eine Prämie mit einem Gesamtwert von mehr als 600 000 Mark enthält, ist ein eingelegtes Landhaus. Die Hauptgewinne sind ebenfalls Landhäuser, weitere Gewinne sind Bodenmüchsen, Kaviar, Sprechapparate, komplette Küchen, Motorräder, Nähmaschinen und Fahrräder. Saume also nicht länger und kaufe dir noch heute ein Arbeiterwohlfahrtslos! Glücksbriefe mit 10 Pfennig werden für fünf Mark abgegeben.

Der Berliner Volkschor (Dir. Dr. Ernst Zander) nimmt in diesem Monat wieder neue Mitglieder auf. Männer und Frauen der Arbeiterklasse mit guten Stimmen wollen sich in den Chorproben, Freitagabend 8-10 Uhr, Kula Koppenstr. 76, zur Aufnahme melden. Reuenteure ohne Vorkenntnisse können nach an den eben beginnenden Elementarfürten unentgeltlich teilnehmen. Auch der unter Leitung von Walter Händel stehende Kinderchor des Volkschors, der jeden Donnerstag von 5¼-7¼ Uhr in der Kula Andreasstraße 16a sibt, nimmt Anaben und Mädchen von 8 bis 15 Jahren auf.

Führung durch das Reichstagsgebäude. Samstag, den 6. November, veranstaltete das Bezirksamt Schöneberg eine Führung durch den Reichstag. Treffen: 11½ Uhr am Bismarck-Denkmal. Teilnahme 25 Pf.

Die Werkschau am Kaiserdamm ist noch bis zum 13. November geöffnet. Die Schau weist auch jetzt noch — nach 14tägiger Dauer — einen von Tag zu Tag sich steigenden Besuch auf.

Führungen durch die ältisten Winkel Berlins. Die Führungen finden einen so großen Zuspruch, daß sie bis auf weiteres jeden Sonntag stattfinden werden. Treffpunkt: 10½ Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf.

Die Konsum-Gesellschaft Berlin und Umgebung gibt bekannt, daß am Sonntag, den 6. November, die Redensarten auf der Konsum-Verkehrshaus im Berliner Gewerkschaftshaus bereits 3 Uhr nachmittags beginnen und sich abkündlich wiederholen. Der letzte Vortragsabend ist Sonntag, der 7. November.

Humboldt-Hochschule. In der Vortragsreihe „Rust und Wägel“ spricht Dr. Cohn-Biener über: „Alchimisten und Wundermäner in der Mittelzeit der Geheimwissenschaften“ am Dienstag, dem 8. November, abends 8¼ Uhr, in der Dorothienstr. 12. — Am Freitag, dem 11. November, abends 8¼ Uhr, in der Dorothienstr. 11. Dr. Dierbach (Deutsche Volkshaus) einen Vortrag über: „Die Bodenorganisation der Transkaukasien“ Karten sind an der Abendkasse erhältlich.

Immer noch Mienen!

Ein deutscher Dampfer gesunken, drei Tote.

„Haghs“ meldet aus Neval, daß der deutsche Dampfer „Möde“ in der Nähe der Insel Desel auf eine Mine gestoßen und gesunken sei. Drei Mann der Besatzung kamen dabei ums Leben; der Rest wurde gerettet.

Die Aussperrung der Zigarrenarbeiter

Die Abwehr in Berlin, Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen.

Wie schon gemeldet, hat am Freitag die bekannte Firma Leo u. Wolff ihren Betrieb stillgelegt, nachdem am Donnerstag die Sortierer, Ristenmacher und Fertigmacher die Zurücknahme der Kündigung verlangten und eine 15prozentige Lohnerhöhung forderten und, als diese nicht bewilligt wurde, die Arbeit niederlegten.

Alle Versuche der Direktion, die Arbeiterinnen weiter an der Arbeit heranzuführen, hatten am Donnerstag ihr Ende erreicht. Was verlangte alles die Firma! Die Belegschaft sollte auch

während der Kündigung weiter überstunden leisten;

wenn diese nicht gemacht würden, wäre das Tarifbruch, wie ein Herr der Betriebsleitung erklärte. Seit Monaten arbeitet die Firma 54 und 57 Stunden in der Woche und zahlt natürlich den Ueberstundenzuschlag. Hiermit ist der Beweis erbracht, daß eine nennenswerte Erhöhung der Löhne zu ertragen ist.

Die Firma Leo u. Wolff will nun mit ihren circa 300 Lehrlingen den Betrieb aufrecht erhalten. Weiter haben die Arbeiter auch in Dahme in der Mark bei neun Firmen mit 183 Arbeitern und Arbeiterinnen, in Schwedt a. d. O. bei den Firmen W. Dittner und J. Lewinec mit zusammen 61 Arbeitern die Arbeit niederggelegt.

Auch in Berlin

bei den Firmen Karl Blaurock, Heinrich-Roller-Str. 15, und bei der Firma Arnold Hamacher, Köpenicker Str. 155, haben die Arbeiter die Arbeit niederggelegt.

Wie man die Arbeiter und Arbeiterinnen fördern will, dafür ein neuer Beweis: Der Arbeitgeberverband hat folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder herausgegeben:

„Wir überreichen Ihnen anbei Flugblätter, die wir bitten, sofort an die Arbeiter zu verteilen. Wir teilen Ihnen mit, daß in Hamburg, Bremen, Mannheim, Weisbaden, Mitteldeutschland und Schlesien die Kündigung fast durchweg mit der sofortigen Arbeitsniederlegung durch die Sortierer und Fertigmacher beantwortet worden ist. Wenn einer unserer Mitgliedsfirmen dasselbe passiert, bitten wir, uns das sofort zu melden. Wir bitten weiter, die Arbeiter zu fragen, warum sie die Arbeit niedergelegt. Wenn darauf die Antwort erteilt wird, daß das auf Veranlassung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes geschieht, bitten wir, uns

die Namen der Arbeiter mit genauer Adresse

mitzuteilen, die diese Behauptung machen.“

Die Unternehmer sind schlauwie. Vielleicht wollen sie feststellen, daß die Aussperrung auf Veranlassung des Tabakarbeiterverbandes ergangen ist. Vielleicht sind sie der Auffassung, daß der Tabakarbeiterverband der Generalaussperrung feierlich und mit verschränkten Armen zusehen soll und die Pflicht hat, den Tarifbruch der Unternehmer noch zu unterstützen. Vielleicht sind sie auch der Auffassung, daß das von ihnen geschöpfte Publikum und die Zigarrenhändler sich mit den aussperrenden Unternehmern solidarisieren fühlen muß. Soweit

die große Masse der Verbraucher

in Frage kommt, dürften sich die Unternehmer schwer täuschen. Anders scheint es in den Köpfen gewisser Zigarrenhändler zu stehen. So schreibt uns ein Vorstandsmittglied der Ortsgruppe Treptow und Umgebung im Verbands-Deutscher Zigarrenarbeiterverband, um über die Schmutzkonkurrenz der Schleuderer zu klagen, wodurch die Preise und ebenso die Löhne gedrückt würden, um zu folgendem überraschenden Schluß zu kommen: „Aber an all diesen Missetatenden trägt die SPD. einen großen Teil Schuld.“

Natürlich, in den Augen wildgewordener Spießbürger sind

die Arbeiter an allem schuld.

Der Briefschreiber klagt aber nicht nur, daß die SPD. die Preis-schleuderer unterstütze, gleichzeitig behauptet er, wir forderten das Publikum auf, in den Konsumgenossenschaften zu kaufen.

Die Konsumgenossenschaften haben ihre eigenen Zigarrenfabriken, die nicht aussperrten und nach Möglichkeit 60-prozentige Arbeitsbedingungen haben. Wo liegt da die Preis- und Lohnrückerei? Am den unsinnigen Behauptungen die Krone aufzusetzen, klagt der Briefschreiber auch die SPD. an, sie trage die Verantwortung für die hohen Löhne (Lohnmieten)!

Bei der nächsten Reichstagswahl

würden es sich die Ladeninhaber überlegen, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen.

Nun, wenn die kleinen Ladeninhaber so stimmen, wie sie in ihrer großen Mehrheit bei der letzten Reichstagswahl gestimmt haben, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie zwischen den Mühlsteinen der Schleuderkonkurrenz und der Unternehmertartelle noch mehr zerrieben werden. Wenn sie weiter den bürgerlichen Parteien nachlaufen, die die Ladeninhaber den Hausbesitzern ausgetiefert haben, ihnen Steuern aufgebremst haben, bis den kleinen Ladenbesitzern die Rufe ausgeht, dann sollen sie sich dafür bei sich selbst bedanken, uns und den Arbeitern aber mit ihren Klagen und unsinnigen Behauptungen vom Halbe bleiben.

Es hat im Reiche noch nie eine sozialdemokratische Mehrheit gegeben. Seit 1920 regieren die bürgerlichen Parteien. Wer trotz-

dem heute noch sagt, die SPD. ist schuld, daß ... um, dem ist eben nicht zu raten und zu helfen. Auf welcher Seite im Kampf der Zigarrenarbeiter die Sympathien des lesenden Publikums sind, darüber besteht kein Zweifel.

Kündigung auch in der badischen Tabakindustrie.

Offenburg, 5. November. (Rth.)

Die Tabakarbeiter der badischen Betriebe erhielten gestern vom badischen Zigarrenfabrikantenverband, der dem Reichsverband der Zigarrenhersteller angeschlossen ist, die Kündigung, so daß am 16. d. M. die Aussperrung in Kraft tritt. Wie der „Volksfreund“ erfährt, werden die Tabakarbeiter der umliegenden Ortsteile, soweit sie in den Zigarrenfabriken arbeiten, kündigt.

Ausbreitung des badischen Zigarrenarbeiterstreiks.

Heidelberg, 5. November. (Rth.)

In den meisten Zigarrenfabriken hat die Arbeiterchaft die verlangte Aussperrung mit sofortigem Streik beantwortet. In den hiesigen Betrieben streiken rund 1000 Arbeiter.

Die Zufriedenheit der „Verratenen“.

Die „Opposition“ schweigt.

In der Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Freitag in den Sophienböden gab zunächst der Bevollmächtigte, Genosse Polenske, den Geschäftsbericht für das 3. Quartal. Er erinnerte kurz an die für die gesamte Arbeiterschaft bedeutungsvollen Vorgänge in diesem Quartal, wie das Inkrafttreten des Arbeitsgerichts- und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die Justizkampfe in Wien, den internationalen Gewerkschaftstagskongreß sowie an die Reichsratstagung des Verbandes und andere für die Mitglieder wichtige Konferenzen.

Am Anschließ kam er dann auf die zwischen- und staatlichen Lohnbewegungen der Reichs- und Staatsarbeiter und der Berliner Gemeindegewerkschaft zu sprechen. Die Verhandlungen über eine zwischen- und staatsarbeiterliche Lohnzulage für die Reichs- und Staatsarbeiter haben bisher noch zu keinem Resultat geführt, als daß man sich bereit erklärt hat, in einzelnen Städten die Ortslohnzuschläge zu erhöhen. Die Organisation kann sich mit einer solchen Regelung nicht einverstanden erklären und wird, wenn sich das Reich und die Länder nicht bereit finden sollten, alle Ortslohnzuschläge zu erhöhen, dazu übergehen müssen, für sämtliche rund 600 Orte die Ortslohnzuschläge abzukommen zu kündigen.

Er kam dann auf die nunmehr abgeschlossene zwischen- und staatsarbeiterliche Lohnbewegung der Kammerarbeiter zu sprechen und teilte die Tatsachen mit, die wir bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht haben. Da sich die Direktoren der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ebenfalls bereit erklärt haben, diese zwischen- und staatsarbeiterliche Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde zu zahlen, kann auch für diese Betriebe die Bewegung als abgeschlossen gelten. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß diese Bewegung günstig verlaufen sei, wenn auch nicht die Wünsche der Arbeiter voll befriedigt wurden. Mit der Gasbetriebsgesellschaft und den Charlottenburger Wasserwerken, die reine Privatbetriebe sind, dürfte es noch große Schwierigkeiten geben, sie gleichfalls zur Zahlung der Zulage zu bewegen.

Genosse Polenske gab dann noch eine eingehende Darstellung über den Konflikt im Delgaswart Bönitz und teilte dann mit, daß die Filiale Berlin im 3. Quartal 808 neue Mitglieder gewonnen habe, und am Quartalschluß insgesamt 29 432 Mitglieder zählte. Er sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß es infolge der rührigen Agitationsstätigkeit der Gewerkschaften gelingen möge, die Berliner Filiale bis zum Jahreschluß auf 30 000 Mitglieder zu bringen.

Der vom Genossen Zielmann erläuterte Kassenbericht weist eine Steigerung des Kassenbestandes im 3. Quartal von 200 325 M. auf 230 284 M. aus, so daß das Lokal-Kassenvermögen pro Mitglied jetzt 7,82 M. beträgt. Entgegen allen Erwartungen wurde in der Diskussion von den Rednern der kommunistischen „Opposition“ die Erweiterung der zwischen- und staatsarbeiterlichen Lohnzulage für die Berliner Gemeindegewerkschaften wie das heiße Eisen. Um sich überhaupt bemerkbar zu machen, versuchte man daran Kritik zu üben, daß Genosse Polenske nicht genügend auf das Arbeitsgericht und das Arbeitslosenversicherungsgesetz eingegangen sei und diese Beschlüsse als einen Fortschritt dargestellt habe, daß er nicht auf den Kern der Auseinandersetzungen auf dem internationalen Gewerkschaftstagskongreß eingegangen sei usw. Man mußte eben den Abend füllen durch Oppositionsreden, die keine waren und desavouierte die „Rote Fahne“, die eine große Auseinandersetzung über die Vorgänge im Magistrot angekündigt hatte.

Der Kassenbericht wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt. Ebenfalls wurde die Filialleitung einstimmig beauftragt, den arbeitslosen Mitgliedern zu Weihnachten eine Extraunterstützung auszugeben in eben der gleichen Höhe wie im Vorjahre.

Auf den tschechoslowakischen Bahnen.

Erste Auswirkung der passiven Resistenz.

Prag, 5. November. (Privatmeldung.)

Das „Prager Tageblatt“ meldet über den Kampf der Eisenbahner: In der Nacht auf heute wurde in den Bahnhöfen der Kohlenverviere und den wichtigsten Rangierbahnhöfen die Arbeit streng nach den Vorschriften begonnen. Der Personalverkehr ist hiernach vorläufig ausgenommen. Eine Verspätung in größerem Ausmaß wird von den Lastzügen gemeldet. Die Personenzüge

kommen teils richtig an, teils mit einer Verspätung bis zu 30 Minuten, doch erwartet man die Auswirkung der Vorgänge erst in der Nacht. — Das Blatt meldet weiter von einer Aushebung der Exekutive an die Eisenbahner und an die Öffentlichkeit, in welcher sich die Exekutive mit dem heutigen Tage für permanent erklärt. Sie ist überzeugt, daß die Eisenbahnangelegenheiten in der Abwehrbewegung mit derselben Einheitlichkeit verharren, wie der sie begonnen haben, und dies so lange, bis sie von der Regierung annehmbare Angebote zur Verhandlung erhalten. Die Exekutive appelliert zugleich an die breite Öffentlichkeit, die Verkehrsschwierigkeiten, soweit sie eine Folge des den Eisenbahner aufgedrängten Kampfes sind, ruhig und ohne Voreingenommenheit zu beurteilen.

Streikverschärfung in der Wuppertaler Textilindustrie.

Eberfeld, 5. November. (Rth.)

Die Streikbewegung im Wuppertaler Textilgebiet hat sich im Laufe der vergangenen Nacht weiter ausgedehnt. Heute vormittag sind in Eberfeld-Barmen sämtliche Lüftrierer und Gummibandwirker in den Ausstand getreten. In Eberfeld wurde eine Reihe von Fabriken vollkommen stillgelegt. Auch in der Umgebung von Eberfeld hat die Streikbewegung weiter um sich gegriffen und nimmt ständig an Umfang zu. Die Räumung der Betriebe ist bis jetzt ohne Zwischenfälle verlaufen.

Die sechs Tage im Sportpalast.

Nur zwei Spitzenpaare. — Zanaga gibt auf!

Nun hat das Feld die zweite Nacht hinter sich. Noch bevor der Zeiger die sechste Morgenstunde, den Beginn der Neutralisation anzeigte, gab es nach Mitternacht eine Jagd, die die Spitzenpaare um ein Paar verringerte. Linari ist der Entfessler, als deren Ergebnis später bekannt wird: Demofol, van Kempen, Tieg-Ihollenbeek, Bauer, Charlier und Chmer-Kroßel haben das gesamte Feld überrundet. Kauf-Hüngen sind somit aus der Spitzengruppe verdrängt. Tieg-Ihollenbeek führen nun das Feld vor Chmer-Kroßel. Der gegenwärtige gestürzte Zanaga gibt das Rennen auf! Sein Partner Linari fährt als Erjagmann weiter.

Die 2 Uhr-Nachtwertung.

brachte in den zehn Spurts folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Kerts, 2. Demofol, 3. Charlier, 4. Lacquehan, 2. Spurt: 1. Dupivier, 2. Lonani, 3. Bauer, 4. Kuhl, 3. Spurt: 1. Kerts, 2. Demofol, 3. Charlier, 4. Knappe, 4. Spurt: 1. Lonani, 2. Behrendt, 3. Bauer, 4. Dupivier, 5. Spurt: 1. Charlier, 2. Lonani, 3. Junge, 4. Ihollenbeek, 6. Spurt: 1. Knappe, 2. Wambli, 3. Kauf, 4. Buschenhagen, 7. Spurt: 1. van Kempen, 2. Kerts, 3. Kuhl, 4. Junge, 8. Spurt: 1. Dupivier, 2. Kroll, 3. Knappe, 4. Behrendt, 9. Spurt: 1. van Kempen, 2. Kuhl, 3. Kerts, 4. Lacquehan, 10. Spurt: 1. Kroßel, 2. Kroll, 3. Dupivier, 4. Tieg.

Stand des Rennens:

1. Tieg-Ihollenbeek 63 Punkte, 2. Chmer-Kroßel 62 Punkte, 1. Runde zurück; 3. van Kempen-Demofol 52 Punkte, 4. Kauf-Hüngen 17 Punkte, 2. Runde zurück; 5. Bauer-Charlier 62 Punkte, 6. Knappe-Lonani 53 Punkte, 7. Junge-Behrendt 31 Punkte, 8. Kroll-Wiebe 30 Punkte, 3. Runde zurück; 9. Kerts-Dupivier 47 Punkte, 10. Dorn-Ridel 42 Punkte, 11. Kauf-Buschenhagen 29 Punkte, 12. Wambli-Lacquehan 9 Punkte, 4. Runde zurück; 13. Kuhl-Bette 13 Punkte.

Theater der Woche.

Vom 6. November bis 14. November 1927.

Holländische Theater am Bülowplatz: Der Gott. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 6. bis 11. George Dandin. Der gemächliche Kommissär. Ab 12. Schieber des Kolumbus. (Eine Pariserfamilie). — **Theater-Theater:** Der rote Löhr. — **Oper am Platz der Republik:** 6. Der Faust. 7. Der fliegende Holländer. 8. Genoa. 9. Die Maids des Schiffs. 10. und 12. Die Söhne. — **Städtisches Oper:** 6. Madama Butterfly. 7. Die Jüdin von Babilon. 8. Carmen. 9. und 13. Die Schöne und das Biest. 10. Das Mädchen des Eremiten. 11. Janna Senitsch. 12. Die Zigeuner. 13. Die Zigeunerin. 14. Die Zigeunerin. 15. Die Zigeunerin. 16. Die Zigeunerin. 17. Die Zigeunerin. 18. Die Zigeunerin. 19. Die Zigeunerin. 20. Die Zigeunerin. 21. Die Zigeunerin. 22. Die Zigeunerin. 23. Die Zigeunerin. 24. Die Zigeunerin. 25. Die Zigeunerin. 26. Die Zigeunerin. 27. Die Zigeunerin. 28. Die Zigeunerin. 29. Die Zigeunerin. 30. Die Zigeunerin. 31. Die Zigeunerin. 32. Die Zigeunerin. 33. Die Zigeunerin. 34. Die Zigeunerin. 35. Die Zigeunerin. 36. Die Zigeunerin. 37. Die Zigeunerin. 38. Die Zigeunerin. 39. Die Zigeunerin. 40. Die Zigeunerin. 41. Die Zigeunerin. 42. Die Zigeunerin. 43. Die Zigeunerin. 44. Die Zigeunerin. 45. Die Zigeunerin. 46. Die Zigeunerin. 47. Die Zigeunerin. 48. Die Zigeunerin. 49. Die Zigeunerin. 50. Die Zigeunerin. 51. Die Zigeunerin. 52. Die Zigeunerin. 53. Die Zigeunerin. 54. Die Zigeunerin. 55. Die Zigeunerin. 56. Die Zigeunerin. 57. Die Zigeunerin. 58. Die Zigeunerin. 59. Die Zigeunerin. 60. Die Zigeunerin. 61. Die Zigeunerin. 62. Die Zigeunerin. 63. Die Zigeunerin. 64. Die Zigeunerin. 65. Die Zigeunerin. 66. Die Zigeunerin. 67. Die Zigeunerin. 68. Die Zigeunerin. 69. Die Zigeunerin. 70. Die Zigeunerin. 71. Die Zigeunerin. 72. Die Zigeunerin. 73. Die Zigeunerin. 74. Die Zigeunerin. 75. Die Zigeunerin. 76. Die Zigeunerin. 77. Die Zigeunerin. 78. Die Zigeunerin. 79. Die Zigeunerin. 80. Die Zigeunerin. 81. Die Zigeunerin. 82. Die Zigeunerin. 83. Die Zigeunerin. 84. Die Zigeunerin. 85. Die Zigeunerin. 86. Die Zigeunerin. 87. Die Zigeunerin. 88. Die Zigeunerin. 89. Die Zigeunerin. 90. Die Zigeunerin. 91. Die Zigeunerin. 92. Die Zigeunerin. 93. Die Zigeunerin. 94. Die Zigeunerin. 95. Die Zigeunerin. 96. Die Zigeunerin. 97. Die Zigeunerin. 98. Die Zigeunerin. 99. Die Zigeunerin. 100. Die Zigeunerin.

Konsum-Werbeschau im Berliner Gewerkschaftshaus

Sonntag, den 6. und Montag, den 7. November, letzte Ausstellungstage
Am Sonntag beginnen die Modevorführungen bereits um 2 Uhr nachmittags

MASS-
Anzüge, Paletots, Mäntel aus den deutschen u. engl. Stoffen von 125.- an, unter Garantie für tadelloste Sitz- und Verarbeitung
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung
MODENHAUS MÜLLERSTR. 141
U-Bahn Seestraße

Möbel-Beiser
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Küchen, Klubgarnitur, Einzelmöbel in godiegender Qualität zu niedrigen Preisen
auf Teilzahlung!
Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten mit billigen Enggruppreisen überzeugen.
Durch wasserweissen Imprägnierung 40% erspart — der weisse Weg liegt!

TRAURINGE
1 Ring Dukatgold (900 gest.) zum Klempnerpreis von Mk. 15.—
Gediegen und modern Mk. 22.—
Schwere Ausführung Mk. 25.—
1 Ring (855 gest.)
Gediegen und modern Mk. 12.—
Schwere Ausführung Mk. 15.—
Skarat Ringe v. Mk. 4.— bis 7.— p. Stück
Gravieren gratis zum Mitnehmen.
Ges. geschützt Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 56
W. Passauer Str. 12
Schönig ca. 3000 fugelose Trauringe am Lager.